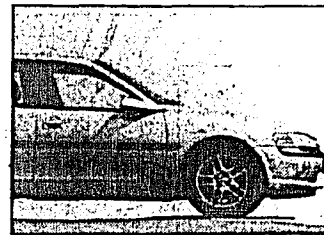


Volkssblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 88

Verlag / Südostschweiz

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 - Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 - Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li - Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volkssblatt



MOBIL-EXTRA Sportlicher Opel Vectra

Opel - 1997 die Nummer 2 im Land - lanciert eine neue Sportversion des Vectra: den Vectra Sport. Seite 9



LETZTE SEITE Schnelles Böggg-Ende

Das Zürcher Sechseläuten 1998 kündete mit dem schnellen Böggg-Ende einen schönen Sommer an. Seite 16

TAGESSCHAU

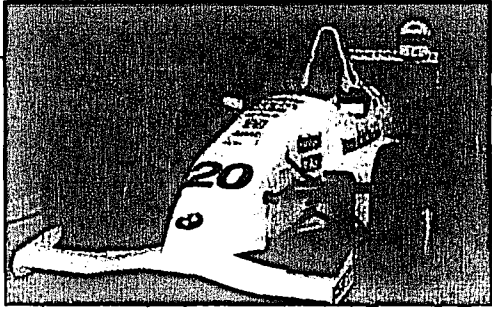
Neue LKK-Geschäftsführerin

Die 36jährige Margrit Bärtsch ist zur neuen Geschäftsleiterin der Liechtensteinischen Krankenkasse (LKK) mit Sitz in Schaan gewählt worden. Sie wird den Posten am 1. Juli antreten, wie der LKK-Verwaltungsrat am Montag mitteilte. Margrit Bärtsch wohnt in Chur, wo sie die Geschäftsstelle einer Schweizer Krankenkasse leitete. Sie arbeitet seit einigen Monaten in Liechtenstein. Der LKK-Verwaltungsrat bezeichnet die Neubesetzung der Führungsposition als einen positiven Meilenstein in der Sanierungsgeschichte. Seite 2

Kunstschneepisten in Malbun

Im Rahmen der Baugesetzrevision von 1992 wurde ein absolutes Verbot von künstlichen Beschneiungsanlagen aufgenommen. 1996 suchten die Malbuner Liftbetreiber und der Kurverein Malbun um eine Bewilligung an, was umgehend wieder abgelehnt wurde. Das Thema ist Gegenstand der nächsten Landtagssitzung im Mai. Mehr über künstlichen Schnee auf Seite 3

Beim Ersteinsatz 4.



Der Balzner Schüler Stefan Eberle (Jahrgang 1981) hat die Feuertaufe in der Formel Junior Meisterschaft überstanden. An den zwei Renntagen auf dem Hockenheim fuhr er auf die Plätze 7 und 4 unter den zehn BMW-Piloten. In der Gesamtabrechnung gemeinsam mit den «freien» Fahrern der stärkeren Motorklasse ergaben sich die Ränge 13 und 5. Vor allem die schnellen Rundenzeiten des Balzner Formel-Nachwuchsfahrers lassen aufhorchen. Doch eigentlich ist Stefan Eberle mit den herausragenden Resultaten nicht vollends glücklich. Warum? Seite 12

Erlebnis-Einkauf im Auhof

Auf einer grossen Fläche in Vaduz präsentieren Toni Real und sein Team den neuen Auhof mit einer erweiterten Produktpalette. Angeboten wird alles, was mit Gärtnerei, Pflanzen-, Gemüse- und Landwirtschaftsprodukten zu tun hat. Frisches Gemüse aus dem Eigenanbau gehört genauso zum Angebot wie Setzlinge, Terracotta- und Steinwaren. Seite 7

Der Kampf um die Übernahme

Der deutsche Automobil-Konzern VW will mit einem besseren Angebot BMW im Kampf um die Übernahme des britischen Autoherstellers Rolls-Royce ausstechen. Ein VW-Sprecher bestätigte, dass der VW-Aufsichtsrat am Samstag zu einer Sondersitzung zum Thema Rolls-Royce zusammenkommen wird. Seite 11

Neun Tage «Leben - Arbeit - Freizeit»

Unter dem Motto «Leben - Arbeit - Freizeit» findet vom 25. April bis zum 3. Mai in Au-Heerbrugg die 19. Rheintal-Messe (Rhema) statt. 270 Aussteller aus Gewerbe und Industrie der Region zeigen ihre Produkte und Dienstleistungen. Sonderschauen und Unterhaltung runden die Messe ab. Seite 14



BILDUNGSWESEN

Flexibilisierung des Schuleintritts

Die Regierung will die Regeln zum Kindergarten- und Schuleintritt flexibler gestalten. Zu diesem Zweck beantragte sie jetzt beim Landtag eine Änderung des Schulgesetzes. Gemäss bisherigem Gesetz besteht für ein Kind, das bis zum Stichtag 30. April das sechste Altersjahr erreicht hat, Schulpflicht. Eine frühere Einschulung oder eine Zurückstellung für ein Jahr ist mit einem Verfahren verbunden. Neu soll den Eltern die Möglichkeit gegeben werden, bei Kindern, die innerhalb einer Frist um einen Stichtag das sechste Altersjahr erreichen, selbstständig darüber zu entscheiden, ob das Kind eingeschult wird. Die Regierung beabsichtigt, diese Frist vom 30. April bis 30. August festzulegen. Mehr dazu auf Seite 2.

Mobilfunk-Konzessionen vergeben

Kunden können bis in einem Jahr unter drei Natel-Anbietern wählen

BERN: Bereits in einem Jahr werden die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten für ihr Natel-Abonnement unter drei Anbietern auswählen können. Neben dem ehemaligen Monopolunternehmen Swisscom werden bis im nächsten Frühjahr auch die Unternehmen DiAx und Orange Communication ein Mobiltelefonie-Netz anbieten.

Die Eidgenössische Kommunikationskommission (Comcom) gab am Montag die mit Spannung erwartete Vergabe der zwei zusätzlichen Mobilfunk-Konzessionen be-

kannt. Die Gewinnerin DiAx kündigte daraufhin an, dass ab dem Herbst 1998 bereits rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ihr Natel-Angebot nutzen könne. DiAx will 25 bis 30 Prozent des Natel-Marktes erobern.

Etwas länger wird es bei Orange dauern, die bis 2001 nur auf der Frequenz 1800 MHz senden darf statt auf der Doppelfrequenz 900 und 1800 MHz. Der Nachteil der «kleinen Frequenz» besteht darin, dass nur kleinere Versorgungsgebiete abgedeckt werden können. Soll die ganze Schweiz versorgt werden,

muss Orange viel mehr Antennen aufbauen. Der Start des zweiten Konzessionärs ist für den Frühling 1999 vorgesehen. Ziel der Orange ist ein Marktanteil von 20 Prozent.

Bis zum letzten Tag offen

Das Rennen um die Mobilfunk-Konzessionen war bis zum letzten Tag offen geblieben. Neben den zwei siegreichen Firmen bewarben sich auch der Festnetzanbieter Sunrise sowie die Unternehmen Fortel, Unlimitel und Cheapernet. Cheapernet war allerdings noch während der Bewertungphase ausgeschieden.

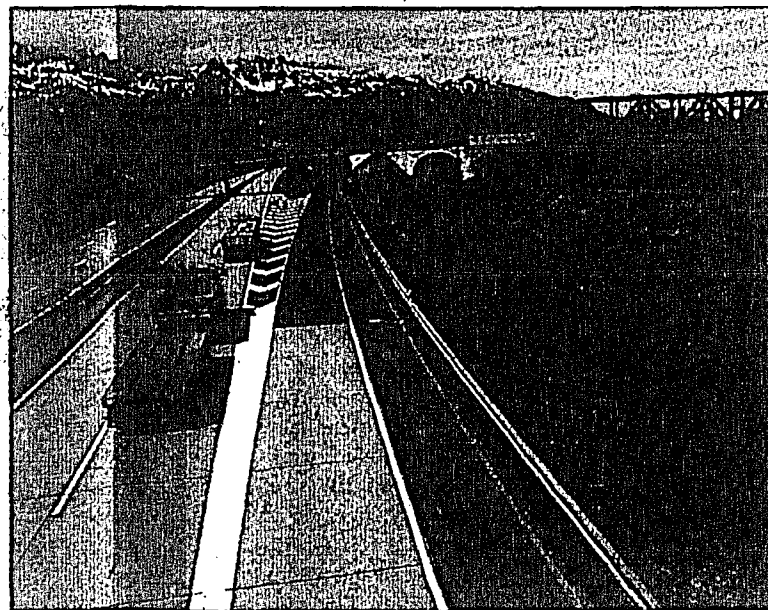
«Alle fünf Bewerber waren nahe beieinander», sagte Comcom-Präsident Fulvio Caccia gestern. Die drei Konzessionen von Swisscom, DiAx und Orange sind zehn Jahre gültig. Nach acht Jahren müssen die Firmen eine Konzessionserneuerung beantragen. Der Konzessionsentscheid wird bei den beiden Unternehmen zur Schaffung von rund 2000 Arbeitsplätzen führen, wie Caccia schätzte. Während die Orange Investitionen von einer Milliarde Franken angekündigt hat, wird DiAx rund 600 Mio. Fr. für den Aufbau der Mobiltelefonie aufwenden.

Mitsprache über die Grenzen hinweg

Beitritt zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Wenn im benachbarten Ausland Autobahnen, Talsperren oder Stauseen, Abfallbeseitigungsanlagen, Erdölraffinerien oder Wärmekraftwerke geplant werden, soll Liechtenstein in Zukunft ein Mitspracherecht erhalten. Die Regierung hat dem Landtag den Antrag zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung zukommen lassen.

Der teilweise heftige Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk Rütli, die Erdölraffinerie Sennwald und die fünf Staustufen der Rheinkraftwerke Schweiz-Liechtenstein sind noch in guter Erinnerung. Alle drei Projekte sind nicht verwirklicht worden, weil sich aus der Bevölkerung heftiger Widerstand erhoben hatte. Seit dem 10. September 1997 ist ein internationales Übereinkommen in Kraft, von der Schweiz und Österreich bereits ratifiziert, das die Modalitäten für das Mitspracherecht der Nachbarstaaten bei Grossanlagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen festlegt. Die Regierung ersucht den Landtag, nachdem insgesamt 29 europäische Staaten, die USA und Kanada sowie die



Die Errichtung von Anlagen mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, wie Autobahnen, Kraftwerke oder Eisenbahn-Fernverkehrsstrecken, fällt künftig unter ein Umweltverträglichkeitsverfahren. (Bild: vito)

EU ihre Unterschrift unter das Abkommen gesetzt haben, um Zustimmung für den Beitritt Liechtensteins.

«Das Übereinkommen soll sicherstellen», hält die Regierung in ihrem Antrag fest, «dass bei der Pla-

nung von Anlagen, die voraussichtlich erhebliche grenzüberschreitende Umweltauswirkungen zur Folge haben, die Ursprungspartei, nämlich das Land, in dessen Zuständigkeitsbereich eine Anlage geplant und bewilligt wird, eine Umweltver-

träglichkeitsprüfung durchgeführt und die betroffenen Parteien, d.h. jene Staaten, die von den grenzüberschreitenden Auswirkungen der geplanten Anlage betroffen werden, informiert und konsultiert.»

Weil das Übereinkommen explizit auch den Bau von Autobahnen, Flugplätzen und Eisenbahn-Fernstrecken aufführt, keimt die Hoffnung auf, dass der geplante und umstrittene Letzetunnel zur Südumfahrung Feldkirchs unter diese Kategorie von Projekten mit Anspruch auf Umweltverträglichkeitsprüfung fallen wird. Nach Auffassung von Umweltschuttkreisen zieht der Letzetunnel als neue, attraktive Strassenverbindung mehr Verkehr an und wirke sich deshalb direkt mit höherer Verkehrsbelastung auf die liechtensteinische Seite aus. Die Regierung ist der Ansicht, dass Liechtenstein dem Abkommen beitreten sollte, um Kenntnisse über benachbarte Projekte und die allfälligen Auswirkungen für die Umwelt zu erhalten und in einem ausländischen Bewilligungsverfahren seinen Standpunkt vertreten zu können. (G.M.)